Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

1. **Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 werden beschlossen.**

2. **Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Investitionsprogramm 2011-2014 wird beschlossen.**

3. **Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2011 wird beschlossen.**

RM Freygang als Fachausschussvorsitzender erklärt, dass alle Ratsmitglieder in den Fachausschüssen in den letzten Monaten ein großes Arbeitspensum zu erledigen hatten und eine solide Arbeit abgeliefert haben. Kennzahlen und Ziele wurden eingebracht und im Finanz- und Wirtschaftsausschuss konstruktiv beraten. Für die einzelnen Teilhaushalte wurden Einspar- und Einnahmepotenziale festgelegt. Er spricht allen, die an diesem Haushalt mitgearbeitet haben, seinen Dank aus.
Der Fehlbedarf lag ursprünglich bei 2,368 Mio. Euro und hat sich durch die intensive Arbeit der letzten Monate auf nunmehr 1,99 Mio. Euro verringert. Fröhlich stimmen könne dieses jedoch nicht. Die Nettokreditaufnahme liegt bei 640.000 Euro. Diese negative Situation könnte schlagartig durch eine Einigung über die sofortige Schließung des Bürgerhauses, des Jugendzentrums, des Freizeitbades „Aqua-Toll“, des Freibades und der Bücherei geändert werden. Diese wurde vom Finanz- und Wirtschaftsausschuss jedoch deutlich abgelehnt. Der Rat möchte trotz schwieriger Herausforderungen dazu beitragen, dass die Stadt Schortens für die Bürger weiterhin liebens- und lebenswert bleibt, und das besonders auch für Kinder und Jugendliche, Senioren und Familien. Von diesen ganzen Gedanken getragen bittet er um Zustimmung zu diesem Haushalt.

RM Eggerichs weist darauf hin, dass die langfristige Verschuldung zum 01.01.2011 11,3 Mio. Euro betrug. Wenn sich der jetzige Haushalt nach Plan entwickelt, wird diese Summe am Ende des Jahres mehr als 12 Mio. Euro betragen. Bezug nehmend auf das Haushaltssicherungskonzept teilt er mit, dass der Stadt kaum noch Einsparungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, ohne massiv in die freiwilligen Leistungen eingreifen zu müssen. Als Erwartung an das Haushaltssicherungskonzept nennt er die Senkung der Kreisumlage. Den Ansatz der Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 2,1 Mio. Euro hält die SPD-Fraktion aufgrund der vorherrschenden schwierigen Zeiten für realistisch. Die jetzige Finanzlage ist die Folge der Finanzierung einer sich in den letzten Jahrzehnten entwickelten Wohnqualität (u. a. Schulen, Freizeit-, Kultur- und Sportangebot). Die Finanzmittel für die Entwicklung und die vorhandenen Finanzmittel klaffen leider zurzeit auseinander. Erstes Ziel müsse in der Zukunft daher die Sicherung und Sanierung des Bestandes, also der Erhalt des Ist-Zustandes, sein. Zusätzliche Einnahmen sollten daher keine neuen Begehrlichkeiten wecken, sondern der Schuldenverminderung zugeführt werden.
Zum vorliegenden Haushalt führt RM Eggerichs aus, dass die SPD-Fraktion die Erhöhung der Eintrittspreise für das Freizeitbad „Aqua-Toll“ und die Familien-Card nicht unterstützt. Positiv bewertet seine Fraktion die in den Fachausschüssen durchweg gemeinsam beschlossenen Investitionen. Ferner begrüßt sie die Einstellung von Sozialpädagogen an den Ganztagsschulen, die Rücknahme der Mittelkürzung für die Grundschulen und die Bereitstellung von Mitteln für die

Vereinsförderung und die Jugendarbeit. Positiv bewertet wird zudem die Entscheidung der Sportplatzerweiterung und –sanierung ab dem Jahr 2012 anstelle einer Sportplatzverlagerung. Er dankt der Kämmerei für die geleistete Arbeit. Abschließend teilt er mit, dass die SPD-Fraktion dem Haushalt zustimmen wird.

RM Schüder erklärt, dass die Gruppe Bündnis 90/Die GRÜNEN- DIE LINKE im Laufe des Haushaltsjahres Entscheidungen in manchen Bereichen, u. a. Ausgaben für Kinder, Jugend, Familie, Schulen und Sozialarbeit, sowie für Investitionen, z. B in regenerative Energien, mitgetragen hat. Dem Haushalt stimmt die Gruppe jedoch trotzdem nicht zu.
Als Begründung führt sie aus, dass die Verschuldung der Stadt rasant weiter ansteigt, obwohl genau diese Verschuldung gebremst werden soll. Bei den geplanten Investitionsvorhaben, die auf die kommenden 3 Jahre hinaus geschoben und gestreckt werden, kommen zum vorhandenen Schuldenberg in den nächsten Jahren noch einmal 10 Mio. dazu, womit sich auch die Zinslast verdoppeln wird. Insbesondere die Ausgaben von 3,5 Mio. Euro für die Investitionsvorhaben im Bereich der Sportplätze und der Gebäudesanierung auf den Sportplätzen hält die Gruppe in Zeiten knapper Kassen für sehr leichtfertig. Als bleibendes Ärgernis bezeichnet sie die Ausgaben für das Stadtmarketing mit jährlich 240.000 Euro. In diesem Bereich sieht sie eine Kooperation mit den Nachbarkommunen als sinnvoll an. Das im Haushalt verankerte Ziel der Auslagerung des Bürgerhausbüros in das Marketingbüro in der Rheinstraße lehnt ihre Gruppe entschieden ab, da sie hierin eine Beschädigung der erfolgreichen Arbeit des Bürgerhaus-Teams sieht und das Bürgerhaus als Magnet mit großer überregionaler Wirkung gefährdet wird. Problematisch beurteilt die Gruppe die Ausgaben für alle geplanten Baumaßnahmen. Hierzu geht sie näher auf die im Zusammenhang mit der B 210 geplante „Dorferneuerung Ostiem“ und den geplanten Ausbau des Radweges in Glarum ein.

Zum geplanten Ausbau des Radweges in Glarum teilt RM Fischer mit, dass hiermit einem Wunsch der Eltern aus Glarum und aus Accum Rechnung getragen wird. Diese Baumaßnahme hat die SPD-Fraktion – gerade auch hinsichtlich einer Unfallvermeidung - forciert.

RM Just erklärt, dass die BfB-Fraktion ihre Zustimmung oder Ablehnung von der Abstimmung über die von der Fraktion eingereichten 4 Anträge zur Haushaltskonsolidierung abhängig macht. Er bittet die Verwaltung um Darstellung der langfristigen Verschuldung, da er hierauf in einem späteren Beitrag eingehen möchte.
Weiter führt er aus, dass die Anträge der Fraktion zur Haushaltskonsolidierung ein Volumen von 285.000,00 € haben. Zusätzlich könnten weitere 200.000 Euro gespart werden, insgesamt somit um die 500.000,00 Euro. Diese Einsparungen könnten ohne eine Schließung von wichtigen öffentlichen Einrichtungen erzielt werden. Die Vorschläge der BfB-Fraktion beziehen sich im Wesentlichen auf Dinge, die kaum frequentiert werden und entbehrlich sind bzw. die im Verhältnis zu den Einsparungen keinen großen Verlust darstellen. Nachfolgend erläutert er die Anträge seiner Fraktion:

1. <u>Keine Bezuschussung der Jugendwerkstatt, Einsparung: 185.000,00 Euro.</u>
   Begründung:
   Die Angelegenheit gehört in den Zuständigkeitsbereich des Landes/Jobcenters/Landkreises.

2. Keine Kostenübernahme für die Schulsozialarbeit in Höhe von 50.000,00 Euro ab 2012.
   Begründung:
   Die Aufgabe gehört in den Zuständigkeitsbereich des Landes oder des Bundes.

3. Streichung des Mittagessenangebotes im Jugendzentrum,
   (Kosten allein für die Betreuung ca. 25.000,00 Euro)
   Begründung:
   Das Angebot wird kaum genutzt und ist unverhältnismäßig teuer (20,00 € Betreuungsaufwand pro Essen, nur unter 10 Teilnehmer im Schnitt), zudem steht es in Konkurrenz zum Ganztagsschulangebot und lockt unnötig Jugendliche aus den Ganztagsschulen ins Jugendzentrum.

4. Keine Wiederbesetzung der Stelle der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten nach Eintritt der jetzigen Stelleninhaberin in die Altersteilzeit. Einsparung: 25.000,00 €.

Durch einen Verzicht auf den Umbau des Jugendzentrums in ein Familienzentrum könnten zusätzlich rund 100.000 Euro eingespart werden. Nach Ansicht seiner Fraktion sollten im Zeitalter der Ganztagsschulen Sozialpädagogen und auch das Freizeitangebot an die Schulen verlegt werden. Als gelungenes Beispiel beschreibt er das Modell der Gemeinde Zetel. Ferner könnten 100.000,00 € für Anbaukosten eingespart werden.

RM Homfeldt weist darauf hin, dass in Schortens u. a. die Kriminalität und Sachbeschädigung nach Angaben der Polizei im Gegensatz zu anderen Kommunen eher rückläufig sind. Hierin sieht er einen Zusammenhang mit den Angeboten der Stadt, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Ansprechmöglichkeiten und Hilfestellung zu geben.
Auch er findet die Entwicklung des Haushaltes nicht gut. Das Problem liege allerdings in der finanziellen Ausstattung der Kommunen in Niedersachsen, die deutlich besser sein könnte. Jedoch könne man nicht auf eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen und damit verbunden mehr Handlungsspielraum warten. Deswegen wurden 47 Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht. Mit Hilfe des doppischen Haushaltes können die Kosten in den nächsten 2 – 4 Jahren transparent dargestellt werden und es werden Einsparungsmöglichkeiten erkennbar sein, die die Effizienz der Stadt steigern können.
RM Homfeldt verweist auf die vielen positiven Aspekte wie das hohe Niveau in den Bereichen Freizeit, Kultur, Schulen und preiswerte Baulandpreise. Er setzt darauf, dass die Vermarktung der Stadt in den nächsten Jahren anzieht, neue Bürger gewonnen werden können, sich Gewerbebetriebe ansiedeln und die Einnahmen der Gewerbesteuer weiter steigen. Es sei richtig, dass der Schuldenstand steigt, die Alternative wäre jedoch, nicht mehr in den städtischen Bestand zu investieren sowie die Sportplatzanlagen und das Freizeitbad Aqua-Toll nicht zu sanieren. Jedoch bestehe Einigkeit im Rat, diesen Weg nicht zu gehen.

StAR Idel beantwortet die Frage zur Schuldenentwicklung von RM Just. Der offizielle Schuldenstand (Seite 309 des Haushaltes) betrug zum 01.01.2011 rund 11.341.000,00 Euro. Dieses ist der heutige Stand der langfristigen Schulden ohne Kassenkredite. Diese betragen 2,5 Mio. Euro. Die Nettoneuverschuldung (Zeile 36

des Finanzhaushaltes, Seite 15) des Haushaltes und die Schulden steigen im Jahr 2011 bei der derzeitigen Planung in 2011 um rund 637.000 Euro, in 2012 um 4.070.000,00 Euro, in 2013 um rund 3.505.000,00 Euro und in 2014 um 1.877.000,00 Euro, so dass der langfristige Schuldenstand (langfristige Darlehen) zum Stand 01.01.2015 21.430.000,00 Euro beträgt.

RM Just erklärt, dass die Stadt perspektivisch auf einen Schuldenstand von über 21 Mio. Euro hinausläuft, obwohl vor 1,5 Jahren von der CDU-Fraktion die Vorlage eines Konzeptes zur Entschuldung der Kommune angekündigt wurde. Herausgekommen ist, dass die Schulden erheblich mehr steigen als das bisher nur befürchtet und erwartet wurde.

RV Ratzel lässt zunächst über die Änderungsanträge der BfB-Fraktion und anschließend über die Beschlussempfehlung des Ausschusses abstimmen:

Anträge der BfB-Fraktion:

1. Keine Bezuschussung durch die Stadt an die Jugendwerkstatt ab 2012 (185.000,00 Euro).
   Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

2. Keine Kostenübernahme für Sozialpädagogen an den Grundschulen (Schulsozialarbeit 50.000,00 Euro).
   Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

3. Streichung der Mittagessenangebotes im Jugendzentrum (25.000,00 Euro)
   Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

4. Keine Wiederbesetzung der hauptamtlichen Stelle der Gleichstellungsbeauftragten (25.000,00 Euro)
   Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung über den Beschlussvorschlag des Ausschusses:
Die Beschlussempfehlung wird mit 4 Gegenstimmen beschlossen.